

1. Politikwissenschaftliche Bezüge und Grundlagen der Politischen Bildung

1.1 Die Kontroverse um den Politikbegriff in der Politikwissenschaft

»Politik handelt von dem Zusammen- und Miteinander-Sein der Verschiedenen.«
(Arendt 1993: 9)

1.1.1 Die Pluralität von Gesellschaft und die Unbestimmtheit von Politik

Von der Politischen Bildung verwendete Begriffe sind zumeist unscharf. Dies trifft u. a. auf solche wie Demokratiebewusstsein und politische Partizipation, aber auch auf den der Politischen Bildung selbst zu (vgl. Kap. 2.1). Wer sich mit Politischer Bildung und ihren Aufgaben auseinandersetzt, muss daher ihre grundlegenden Kategorien wie *Politik*, *Staat* und *Demokratie* analytisch bestimmen, um eine Beliebigkeit und Vagheit ihrer Begriffe – und damit der Politischen Bildung selbst – zu vermeiden.

Im Alltag wird der Begriff »Politik« in der Regel mit unterschiedlichen Phänomenen bezeichnet: *Erstens* werden hierunter bestimmte Institutionen wie Staat, Parlament und Parteien subsumiert,¹ *zweitens* gelten soziale Phänomene wie Macht, Konflikt und Allgemeinwohl als Elemente von Politik. Neben der institutionellen und gesellschaftlichen Dimension wird Politik *drittens* auch als das verstanden, was Politiker_innen und politische Akteur_innen handelnd vollziehen (Massing 1974: 8) – folglich als soziale Praxis.

Obwohl bereits in der Antike durch Aristoteles eine systematische Erörterung des Begriffs der Politik² angestrebt wurde (vgl. Meier 1983), findet sich in der zeitgenössischen

1 Gemeinhin werden in der Soziologie unter Institutionen in Anlehnung an Arnold Gehlen zumeist habitualisierte Formen des Verhaltens oder Handelns begriffen (Wagner 1995: 46). In diesem Buch bezeichnen hingegen Institutionen nach dem Verständnis der politischen Soziologie formale Sozialgebilde wie Regierungs- und Verwaltungsbehörden, Parteien und Verbände: »So betrachtet können Institutionen als soziale Ordnungen verstanden werden, die auf gewissen (mehr oder weniger formalisierte) Regeln zurückgehen.« (Weischer 2011: 47)

2 Zum Begriff der Politik vgl. Arendt 1993: 9ff.; Münkler/Straßenberger 2020: 26ff.

Politikwissenschaft (vgl. Münkler 2006) kein einheitliches Verständnis sowie keine allgemeingültig anerkannte Definition von Politik (vgl. Münkler/Straßenberger 2020: 27f.).³ Konsens besteht lediglich darin, dass sich der Begriff der Politik einer endgültigen Definition entzieht (Marchart 2010: 15). Daher zeichnen sich auch die Politikwissenschaft und die politische Theorie (vgl. Münkler/Straßenberger 2020) – die »das Vokabular für die gesellschaftliche Selbstbeschreibung« (Schaal 2016: 513) liefern – durch die Verwendung einer Vielzahl von unterschiedlichen und konkurrierenden Politikbegriffen aus.⁴ Dabei ist bereits höchst umstritten, »[w]elchen Gegenstand der Begriff ›Politik‹ überhaupt zu fassen beansprucht, was Politik von anderen sozialen Gegenständen wie z. B. Wirtschaft, Wissenschaft oder Religion unterscheidet« (Brodocz/Schaal 2016: 13).

Begründen lässt sich dies damit, dass sich einerseits die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit so mannigfaltig darstellt, dass sie nicht in einfache Definitionen einzufangen ist, weil »die Gegenstände in ihrem Begriff nicht aufgehen« (Adorno 1973: 17). Begriffe schneiden immer das Besondere des zu Bezeichnenden ab und verallgemeinern es (ebd.). Andererseits sind Auffassungen über das Wesen und die Aufgabe von Politik immer durch ein bestimmtes Gesellschaftsverständnis, durch zugrundeliegende Menschenbilder und hieran anschließend durch die politischen Ansichten der Sozialwissenschaftler_innen selbst bestimmt. Wie Wissenschaft im Allgemeinen sind damit auch die Sozialwissenschaften im Besonderen – obwohl oft postuliert (Weber 2002a: 358ff.) – nie objektiv und wertfrei (Adorno 1980: 87), sondern stets subjektiv geprägt und interessengebunden (Habermas 1981: 13). Dies zeigt sich bereits am der Politikwissenschaft zugrundeliegenden Politikbegriff.

Dem einflussreichen Verständnis Hannah Arendts zufolge geht es bei Politik um die Artikulation und Durchsetzung divergierender Interessen der Mitglieder einer Gesellschaft (1993: 11). Dass sich eine Gesellschaft überhaupt mit Politik beschäftigt, beruhe »auf der Tatsache der Pluralität der Menschen.« (ebd.: 9)⁵ Politik ist diesem Verständnis zufolge eine menschliche Praxis, die die unterschiedlichen Interessen der Individuen der Gesellschaft organisiert und miteinander in Einklang bringt. Sie bedeute die maßgebende Entscheidung über das allgemein Verbindliche (Meyer 2000: 69). In Anlehnung an dieses republikanische Politikverständnis (vgl. Münkler/Straßenberger 2020: 151ff.) begreifen viele politikwissenschaftliche Ansätze Politik als einen Prozess, »in dem lösungsbedürftige Probleme artikuliert, politische Ziele formuliert, alternative Handlungsmöglichkeiten entwickelt und schließlich als verbindliche Festlegung gewählt werden« (Fritz Scharpf zit. n. nach Blum/Schubert 2018: 157).

Üblicherweise wird der *Staat* als die zentrale gesellschaftliche Regelungsinstanz und als Zentrum der Politik verstanden. Diesem in der Politikwissenschaft dominierenden Politikbegriff zufolge wird »Politik [...] vom Staat her bestimmt« (Brodocz/Schaal 2016:

3 Zur politikwissenschaftlichen Frage »Was ist Politik?« vgl. das gleichnamige Buch von Thomas Meyer (2000).

4 Die politische Theorie gilt als »Reflexionsmedium der Politikwissenschaft« (Buchstein/Jörke 2007: 30).

5 Jacques Rancière konstatiert: »Es gibt Politik einfach deshalb, weil keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht.« (2002: 28)

13). Politik bezeichnet demnach »das Handeln des Staates und das Handeln in staatlichen Angelegenheiten« (Blum/Schubert 2018: 9). Dennoch wird diesem Politikverständnis zufolge nicht nur der Staat als alleiniges Subjekt der Politik begriffen, sondern zudem gesellschaftliche Akteure. Politik sei »ein aktives [gesellschaftliches] Handeln, das auf die Beeinflussung staatlicher Macht, den Erwerb von Führungspositionen und die Ausübung von Regierungsverantwortung zielt.« (ebd.) Dennoch verbleibt diesem Politikverständnis zufolge der Staat der *zentrale* Akteur der Politik. Er wird hierbei in seiner modernen demokratischen Form als die legitimierte gesellschaftliche Organisation institutionalisierter Herrschaft verstanden, in der und durch die um gesellschaftliche Macht gerungen wird.⁶

Der Bezug auf den Staat als umkämpfte Herrschaftsorganisation zeigt, dass es bei Politik nicht lediglich im Sinne Arendts um die Pluralität gesellschaftlicher Interessen geht, sondern zudem um soziale Phänomene wie *Herrschaft* und *Macht*. In politikwissenschaftlichen Standardwerken (u. a. von Beyme 2017) wird Politik regelmäßig im Sinne eines solchen Herrschaftsverständnisses definiert, wenn es u. a. heißt: »Politik ist das Streben nach Herrschaft im Staat« (Probst 2016: 109).

Allgemein können die kontroversen Politikbegriffe nach drei Dimensionen eingeteilt werden: *erstens* regierungszentriert versus emanzipatorisch, *zweitens* normativ versus deskriptiv und *drittens* konfliktorientiert versus konsensbezogen (Reheis 2014: 13). Allerdings – so die hier vertretene These – werden in den meisten politikwissenschaftlichen Ansätzen Politik und Staat nicht differenziert und nicht machanalytisch als umkämpfte Phänomene bestimmt, die sowohl Herrschaft als auch Emanzipation ermöglichen, sondern einseitig im idealistischen und affirmativen Sinne als auf die Durchsetzung des gesellschaftlichen Gemeinwohls abzielend dargestellt (vgl. Kap. 2.3).

1.1.2 Zur formalen Kontroverse um einen engen und weiten Politikbegriff

Zwar zeigt bereits der etymologische Ursprung des Begriffs der Politik (vgl. Meier 1983)⁷ seine theoretische Verbindung zum Staat, jedoch geht er nicht in sämtlichen Politikdefinitionen im Staat auf und wird auch durch den Bezug zur Gesellschaft verstanden. Im politikwissenschaftlichen Diskurs wird diesbezüglich formal zwischen einem *engen* und einem *weiten* Politikbegriff unterschieden und um deren Gewichtung für die politische Analyse gestritten (Breuer 1998: 14). Diese Kontroverse hat weitreichende Bedeutung, berührt sie die für dieses Buch grundlegende sozialwissenschaftliche Frage nach dem Verhältnis von *Staat* und *Gesellschaft* (vgl. Benz 2008: 75ff.).

Es geht darum, ob Politik lediglich mit der institutionellen Ordnung des Staates identifiziert werden soll (*enger Politikbegriff*) oder zudem die über die Institutionen des Staates hinausgehende Dimension des gesellschaftlichen Handelns, das die generell

6 Daher ist »[n]ach liberaler Auffassung [...] Politik wesentlich ein Kampf um Positionen, die Verfügung über administrative Macht einräumen.« (Habermas 1999: 282)

7 Der Begriff »Politik« stammt aus der Antike und leitet sich vom griechischen Wort »polites« (»Bürger der Polis«) ab. Er bezeichnete das, was die Polis, den griechischen Stadtstaat im 6. Jahrhundert v. Chr., betraf (Münkler/Straßenberger 2020: 32). Zur Entstehung des Begriffs Politik vgl. Meier 1983.

als privat geltenden Lebensbereiche sowie gesellschaftlichen Auseinandersetzungen umfasst, mit einbezieht (*weiter Politikbegriff*). Der enge Politikbegriff begrenzt Politik in einem etatistischen Sinne auf das »politisch-administrative System« (Meyer 2000: 67), d.h., u.a. den bürokratischen Staatsapparat, das Parlament und die Regierung. Diesem Verständnis nach steht Politik abgrenzend der Gesellschaft gegenüber, wodurch der durch die liberale politische Theorie konstituierte Dualismus von Staat und Gesellschaft (vgl. Kap. 5.8.3) sowie von Öffentlichkeit und Privatheit konstituiert und reproduziert wird (u.a. Benz 2008: 75). Der weite Politikbegriff beinhaltet demgegenüber zudem die generell als »staatsfern« geltenden (zivil-)gesellschaftlichen Akteure wie Verbände, Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen (Kreisky/Sauer 1997a: 16) sowie private Personen und Familien. Hierdurch wird die Dimension der Politik auf den gesellschaftlichen und privaten Bereich ausgeweitet und damit »kein gesellschaftlicher Bereich von vornherein als unpolitisch« ausgeschlossen (Hellmuth/Klepp 2010: 88). Dies hat vor allem für die feministische Diskussion Relevanz (vgl. Kap. 5.8).

Die meisten politikwissenschaftlichen Ansätze gehen hingegen von einem engen Politikbegriff aus (Meyer 2000: 67), wonach der Staat den »Gegenstand der Lehre und Forschung von der Politik« bilde (Bleek 2001: 29). Damit wird jedoch Macht – obwohl zentrale Kategorie der Politikwissenschaft – lediglich »auf staatliches Handeln reduziert« (Rudolph 2015: 41), wodurch der Zusammenhang von *politischer Macht* und *Gesellschaft* der theoretischen Reflexion entzogen wird (Kammler 1968: 9). Somit können politische Zusammenhänge und *gesellschaftliche Macht*- sowie strukturelle Herrschaftsverhältnisse außerhalb der Institutionen des Staates (Hebekus/Völker 2012: 64f.), die sich u.a. auch in der Wirtschaft (vgl. Kap. 5.2), der Zivilgesellschaft (vgl. Kap. 5.4), im Privaten und in den Geschlechterverhältnissen (vgl. Kap. 5.8) manifestieren, nicht begriffen werden. Da Herrschaft zumeist als institutionalisierte Macht begriffen wird (Rudolph 2015: 41), befasst sich die Politikwissenschaft auf Grund ihres eindimensionalen Politikbegriffs »öfter mit Herrschaft als mit Macht« (ebd.). Hierdurch wird Herrschaft allerdings nicht problematisiert und kritisiert, sondern durch den Einfluss der Pluralismustheorie (vgl. Kap. 1.2.4) als etwas Neutrales aufgefasst und als dasjenige dargestellt, was Interessensgruppen ergreifen sollten, um ihre Anliegen durchzusetzen. Gerade gesellschaftliche Konflikte und Machtverhältnisse sowie Herrschaftsausübung und Demokratiegefährdung *durch* staatliche Herrschaft wird somit jedoch fatalerweise ausgeblendet. Es geht bei einer solchen Sichtweise folglich nicht um den Abbau von Herrschaft, da diese durch ihren affirmativen Staatsbezug vielmehr legitimiert wird (Rudolph 2015: 42). Nach Otwin Masing ist diese

»ontologisierende Modellanalyse von Politik kaum noch in der Lage, emanzipatorischen Impulsen Rechnung zu tragen, weil sie a priori von der *de facto* absoluten, nicht nur historisch-relativen Konstanz von Macht und Herrschaft sowie den dazu korrelativen Ordnungsbedürfnissen und ihrer Befriedigung ausgeht.« (1974: 21)

Aus der fehlenden analytischen Differenzierung zwischen den herrschaftssoziologischen Kategorien »Macht«, »Herrschaft« und »Gewalt« (vgl. Imbusch 2012) resultiert das zentrale Manko der meisten Ansätze der Politikwissenschaft: Sie verfügen über »keine Antworten auf (die Il-Legitimität der) Ungleichheitsverhältnisse, wie sie sich entlang der gesellschaftlichen Hauptachsen *class, race, gender* manifestieren.« (Rudolph 2015: 42)

Zudem kann durch einen lediglich engen Politikbegriff auch nicht die Transformation von staatlichen Regierungstechnologien (vgl. Kap. 5) als Element des Politischen erfasst werden. Auch die hegemonialen Positionen der Politischen Bildung beziehen sich auf einen engen Politikbegriff (vgl. Kap. 2), wodurch sie sich ebenfalls die damit einhergehenden theoretischen Probleme und analytischen Kurzschlüsse einholen.

1.1.3 Die politische Differenz zwischen der Politik und dem Politischen

Sowohl im Alltagsverständnis als auch in weiten Teilen der politikwissenschaftlichen Theorie wird der Begriff der Politik dem Staat als das *Öffentliche* (als Verwaltungsangelegenheit) zugeordnet, das sich vom *Privaten* (dem nicht-öffentlichen Bereich) unterscheidet und abgrenzt (vgl. Rudolph 2015: 99). Auf das Private – so der allgemeine Konsens politisch liberaler Positionen (ebd.: 102) – soll die Regulation des Staates möglichst nicht abzielen.⁸ Dieser Ansicht nach ist *politisch* damit sowohl im analytischen als auch normativen Sinne das, was vom Staat und seinen Institutionen handelnd vollzogen beziehungsweise auf diese bezogen wird (Benz 2008: 1).

Im Zuge der zweiten Welle der feministischen Bewegung in den 1970er Jahren (Gerhard 2020: 112) hat der Schlachtruf »das Private ist politisch« dazu geführt, den Blick dieses verkürzten Politikverständnisses von der Sphäre des Staatlichen auf die des gesellschaftlichen Alltagslebens und damit des Privaten zu erweitern (vgl. Kap 5.8). Damit sollten die dortigen Macht- und Unterordnungsverhältnisse analytisch erfasst und kritisch beurteilt werden (Marchart 2010: 298). Bereits der konservative und spätere NS-Staatsrechtler Carl Schmitt polemisierte Anfang der 1930er Jahre gegen die Gleichsetzung von Politik und dem Politischen mit dem Staat (2015: 19) und begründete die für die zeitgenössische politische Theorie zentrale Differenz zwischen *der Politik* und *dem Politischen* (Bedorf 2010: 8). Hieran schließt die relativ neue sozialwissenschaftliche Diskussion⁹ über das Verhältnis zwischen der Politik und dem Politischen an, die Oliver Marchart als »politische Differenz« (2010: 9) begreift und vor allem durch die akademische Linke vertreten wird (vgl. Bedorf 2010). Wird der Begriff der Politik in der Politikwissenschaft

-
- 8 Die lange dauernde Nicht-Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe wurde damit begründet, dass eheliche Bett- (und Gewalt-)Verhältnisse dem Zugriff des Staates entzogen und ausschließlich eine Angelegenheit des ehelichen Paares seien (sollten). Erst die Politisierung geschlechtlicher Gewaltverhältnisse und die Betonung der Schutzaufgaben des Staates für alle seine Staatsbürger_innen haben 1997 zur Aufnahme des Straftatbestands der ehelichen Vergewaltigung in das Strafgesetzbuch geführt (Rudolph 2015: 30). Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz stimmte 1997 gegen den Straftatbestand der Vergewaltigung in der Ehe. Vgl. Maria Fiedler: Was Friedrich Merz früher forderte – und wie er abstimmte, in: *Der Tagesspiegel*, 18.02.2020.
- 9 Auch wenn sich ihr Ursprung bereits in der griechischen Antike nachweisen lässt (Meier 1983: 27ff.), war es vor allem die neue politische Philosophie in Frankreich der 1980er Jahre um Jean-Luc Nancy und Claude Lefort (vgl. Rödel 1990), die in Bezug auf die ontologische Differenz Martin Heideggers (Marchart 2010: 145) die Diskussion um die Differenz zwischen der Politik und dem Politischen für die Philosophie und politische Theorie wieder aufgenommen hat, um nach dem Scheitern des Staatssozialismus die »Essenz des Politischen« (Rödel 1990: 11) wiederzufinden. Zur Unterscheidung von Politik und dem Politischen aus philosophischer Sicht vgl. Bedorf 2010; Marchart 2010; Hebekus/Völker 2012.

in der Regel staatszentriert (Benz 2008: 1) oder als das institutionalisierte Spiel der Kräfte und Interessen bezüglich der Verteilung und Ausübung von Macht verstanden (Hebekus/Völker 2012: 25), bleibt die Kategorie des Politischen zumeist analytisch unbestimmt oder wird lediglich unter den Begriff der Politik beziehungsweise des Staates subsumiert (Breuer 1998: 14).¹⁰

Entgegen dem Verständnis des Politischen im republikanischen Sinne Hannah Arendts (1993), das das Politische als einen Raum der Freiheit, der durch gemeinsames Handeln und öffentliche Deliberation als Auseinandersetzung um das Gemeinwesen fasst (vgl. Bedorf 2010: 17f.), verstehen konkurrierende Ansätze das Politische als das innerhalb der Gesellschaft vorhandene Konflikthafte, den Widerstreit (Laclau: 1999: 112f.), der sich gegen die bestehende Ordnung richtet (Rancière 2002: 46). Mit diesem Begriff des Politischen wird die durch die liberale Theorie und die meisten Ansätze der Politikwissenschaft gezogene Trennlinie zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen (vgl. Kap. 5.8.5) zurückgewiesen und Politik in einem gesamtgesellschaftlichen Verständnis begriffen, wodurch soziale Konflikte innerhalb der gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse fokussiert werden. Dennoch verbleiben sowohl die hegemonialen Positionen der Politikwissenschaft als auch der Politischen Bildung (vgl. Kap. 2.3) auf die Sphäre der Politik begrenzt und holen somit analytisch das Politische als das Konflikthafte der Gesellschaft nicht ein. Ihrem Verständnis zufolge blieben politische Konflikte und Prozesse regelmäßig auf den Staat zentriert, der zudem fähig und gewillt sei, diese auch zu lösen. Die Spezifik *gesellschaftlicher* Herrschaftskonflikte und struktureller Machtasymmetrien wird dadurch jedoch gerade *nicht* erfasst, weswegen das Politische als »generische[s] Prinzip der Konfiguration der Gesamtgesellschaft« (Lefort zit.n. Hebekus/Völker 2012: 64f.) in Bestimmungen der Politik nicht aufgeht und in einem erweiterten Verständnis zu erfassen ist (vgl. Kap. 3.3.2).

1.1.4 Macht oder Gemeinwohl als Ziel von Politik? Zur zentralen inhaltlichen Kontroverse politischer Theorie

Neben der formalen Kontroverse, welche gesellschaftlichen Bereiche der Begriff der Politik überhaupt umfasst, findet sich innerhalb der Politikwissenschaft auch kein Konsens bezüglich der Frage, was Politik *inhaltlich* eigentlich konkret auszeichnet (Meyer 2000: 17). Hierbei lassen sich im idealtypischen Sinne zwei konträre Positionen dieser zentralen Debatte der politischen Theorie bestimmen. Die erste Position begreift das Wesen von Politik als an der Durchsetzung des gesellschaftlichen Gemeinwohls orientiert, die zweite als auf die Durchsetzung von Partikularinteressen bestimmter sozialer Akteure ausgerichtet (Münkler/Straßenberger 2020: 28).

Die *erste Position* fasst Politik als einen kollektiv geführten Streit über die Gestaltung der Gesellschaft und die Verallgemeinerung von Interessen.¹¹ Hierbei wird im idealisti-

10 Zur Entstehung des Politischen in der griechischen Antike, vor allem während der athenischen Demokratie vgl. Meier 1983.

11 Dieses Politikverständnis im republikanischen Sinne geht auf Aristoteles zurück (Münkler/Straßenberger 2020: 32ff.) und wird von Hannah Arendt aktualisiert. Politik wird als gemeinschaftliches Handeln begriffen (Arendt 1993: 39).

schen beziehungsweise normativen Sinne nicht die Durchsetzung von Partikularinteressen, sondern das gesellschaftliche *Gemeinwohl* als inhaltliches Ziel von Politik verstanden (ebd.). Das Finden von Lösungen gesellschaftlicher Probleme und Konflikten sowie das Erzielen von Konsens (Habermas 1995: 128) und Kompromiss zeichne demnach Politik sowohl in ihrer normativen als auch in ihrer praktischen Dimension aus. Thomas Meyer zufolge ist »Politik [...] die Gesamtheit der Aktivitäten zur Vorbereitung und zur Herstellung gesamtgesellschaftlich verbindlicher und/oder am Gemeinwohl orientierter und der ganzen Gesellschaft zugutekommender Entscheidungen.« (2000: 15) Es zeigt sich hier deutlich die affirmative Schlagseite einer solchen Definition, da Politik lediglich als am Gemeinwohl orientiert dargestellt, während die zentrale Rolle von gesellschaftlichen Konflikten, Macht- und Herrschaftsverhältnissen kaum beleuchtet wird. Dass auch in modernen Gesellschaften nicht alle sozialen Akteure an Konsens und Gemeinwohl, sondern (auch) an der Durchsetzung von Partikularinteressen und der Akkumulation von Macht interessiert sind, bleibt außerhalb der Betrachtung.

Genau hier setzt die *zweite Position* an. Gegenüber dem konsensorientierten Ansatz wird die Rolle von Macht und Herrschaft als Inhalt von Politik in den Mittelpunkt gerückt. Demnach ist nicht das Allgemeininteresse, sondern die Verwirklichung von *Partikularinteressen* hauptsächliches Ziel von Politik (Münkler/Straßenberger 2020: 27f.).¹² Politik wird definiert als soziales Handeln, das

»sich auf Machterwerb und Machtgebrauch richtet, um bestimmte Interessen und Ziele von einzelnen Gruppen in geschichtlich-gesellschaftlichen Situationen im Öffentlichen Bereich gegen den Willen und die Zielsetzung anderer Personen und Gruppen im Kampfe oder mit Hilfe von Vereinbarungen durchzusetzen« (Sebaldt/Straßner 2004: 17).

Aus diesen beiden konträren inhaltlichen Betrachtungsweisen von Politik resultieren *idealistische* (Gemeinwohl) sowie *realistische*, beziehungsweise *materialistische* (Partikularinteressen) politische Theorien, die sozialwissenschaftlichen und politikdidaktischen Ansätzen immer – explizit oder implizit – zugrunde liegen. Wie in Kapitel 2 gezeigt wird, zeichnet sich die hegemoniale Politische Bildung durch eine unhinterfragte idealistische Sichtweise auf Politik und staatliche Herrschaft aus. Damit wird Herrschaft gerade nicht problematisiert, sondern affirmiert.

Allgemein entwickeln sich politische Theorien und ihre grundlegenden Annahmen »nicht abgelöst von der Wirklichkeit aus reiner Freude am Denken, sondern aus konkretem Bedarf an der intellektuellen Bewältigung instabiler Machtverhältnisse, sei es in legitimatorischer oder in kritischer Absicht.« (Reinhard 1999: 101) Daher geht es politischer Theorie nicht nur um die Stärkung der politischen Urteilskraft (Arendt 1993: 19).

12 Vor allem seit Machiavelli findet dieses Politikverständnis im Diskurs der politischen Wissenschaften Verbreitung (Münkler/Straßenberger 2020: 38ff.). Max Weber versteht beispielsweise Politik als das »Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung, sei es zwischen Staaten, sei es innerhalb eines Staates zwischen den Menschengruppen, die er umschließt« (2002b: 512). Für Rancière beginnt »[d]ie Politik [...] dort, wo man die Geburt infrage stellt, indem die Macht der Wohlgeborenen, die sich auf irgendeinen Gründungsgott eines Stammes beruft, als das ausgestellt wird, was sie ist – als die Macht der Besitzenden.« (2019: 68)

Vielmehr kommt ihr eine gesellschaftliche Doppelfunktion zu, »sowohl Herrschaftsinstrument als auch Kritik politischer Machtverhältnisse zu sein.« (Lenk 1968: 27f.) Folglich hat sie gegenüber der politischen und gesellschaftlichen Ordnung eine *affirmative* (konservative) und eine *kritische* (verändernde) Ausrichtung. Nach der zugrundeliegenden politischen Theorie ist daher auch der Politikbegriff »*kontrovers* [zu verstehen], weil [...] [er] auf Herrschaftserhaltung oder Herrschaftsaufhebung gerichtet ist.« (Abendroth 1967: 11)¹³ Politische Theorien resultieren dabei immer aus der jeweiligen materiellen sozioökonomischen Wirklichkeit (vgl. Röhrich 1979),¹⁴ die sie theoretisch zu analysieren versuchen.

Auch die sozialwissenschaftliche Diskussion agiert demnach »in einem explizit politischen und damit ebenfalls explizit umkämpften Feld« (Salzborn 2015b: 94), da es durch konkurrierende Gesellschaftstheorien um einen »Kampf *um* Ideen« (Salzborn 2015a: 39) geht. Dabei zielen diese nicht lediglich auf unterschiedliche wissenschaftliche Auffassungen der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit im deskriptiven Sinne, sondern immer auch auf »die Frage der Ordnung der Welt« (ebd.) im normativen und kritischen Sinne ab (Münkler/Straßenberger 2020: 17). Politisches Denken ist daher – wie die Politik – ein umkämpftes Feld (vgl. Deppe 2016: 12ff.), auf dem divergierende und antagonistische Herrschaftsinteressen um Macht, Einfluss und politische Gestaltungsmöglichkeiten ringen.

Auch diese Kontroverse bilden die meisten Ansätze der Politikwissenschaft (u.a. Benz 2008: 105ff.) jedoch nicht ab, sondern beziehen sich lediglich auf ein idealistisches Politikverständnis, was auch die hegemoniale Politische Bildung unhinterfragt übernimmt (vgl. Kap. 2.3.2). Zwar wird auch hier Politik als das Verfahren und der Staat als die Institution verstanden, bei denen es um das Austragen von sozialen Interessenkonflikten geht, allerdings werden politische und administrative Regelungen und Entscheidungen letztlich als institutionalisierter Kompromiss und Konsens zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften und Interessen begriffen. Politik und Staat zeichneten sich demnach durch ihre Problemlösungsorientierung aus (vgl. Kap. 2.4).

Dies manifestiert sich vor allem in der *Policy-Forschung* (*Politikfeldanalyse*)¹⁵, die sich ab den 1960er Jahren »wegen ihrer politikberatenden Funktion« (Bleek 2001: 383) in der Politikwissenschaft durchgesetzt hat (Blum/Schubert 2018: 27)¹⁶ und die gegenwärtige

-
- 13 Aus den unterschiedlichen Zielen politischer Theorie resultieren auch die zentralen politischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts: Liberalismus, Sozialismus, Faschismus und Konservatismus (vgl. Deppe 2016: V).
- 14 Dies ist in der Regel der große blinde Fleck in der politikwissenschaftlichen Analyse der politischen Ideengeschichte. Politische Theorien werden traditionellerweise in der Regel unter rein geistesgeschichtlicher Perspektive betrachtet (Röhrich 1979: 11). Zum Rückbezug der politischen Theorien auf ihre sozioökonomische Bedingtheit vgl. MacPherson 1967; Röhrich 1979; Salzborn 2015a; Loick 2021.
- 15 Zur Politikfeldanalyse vgl. Schneider/Janning 2006: 11ff. Diese ist maßgeblich durch die politikwissenschaftliche Systemtheorie David Eastons geprägt (Bleek 2001: 383). Zur Entstehung der Politikfeldanalyse vgl. ebd.: 382ff.
- 16 Hierbei wird die Institution des Staates (vor allem als politisches System) und die Politik als politischer Prozess nach drei Dimensionen differenziert: Polity (Form), Policy (Inhalt) und Politics (Prozess) (Benz 2008: 324).

Dominanz der *empirisch-analytischen* Ansätze¹⁷ bedingt (Münkler 2006: 44). Die Policy-Forschung hat zudem maßgeblichen Einfluss auf das Konzept des Politikzyklus der hegemonialen Politischen Bildung ausgeübt (vgl. Kap. 2.4.2).

Ursprünglich ist die Politikwissenschaft als recht junge Disziplin (Bleek 2001: 449)¹⁸ in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg von der alliierten Siegermacht USA als »Demokratiewissenschaft« in den Universitäten etabliert worden, die durch die »Entwicklung einer demokratischen Kultur« (Münkler 2006: 36) die Westdeutschen zu demokratischen Staatsbürger_innen erziehen sollte (Bleek 2001: 306).¹⁹ Zu Beginn der 1960er Jahre wurde an allen deutschen Universitäten eine entsprechende Lehr- und Forschungsdisziplin Politikwissenschaft eingerichtet (Münkler 2006: 38), die durch Ernst Fraenkel's Verständnis der Politikwissenschaft als »Integrationswissenschaft« geprägt war (Bleek 2001: 302) und auch Disziplinen wie die Soziologie, die Geschichtswissenschaft und die Jurisprudenz mit einschließen sollte. Durch ihren zentralen Demokratiebezug²⁰ lässt sich die etablierte Demokratiewissenschaft als Überwindung der seit der Weimarer Republik dominierenden juristisch geprägten affirmativen *Staatsrechtslehre* (vgl. Münkler 2006: 20) verstehen (Benz 2008: 4). Hierdurch löste sich auch der enge Zusammenhang zwischen Staat und Politik auf (ebd.), was zunächst Widerstand der konservativen und traditionalistisch orientierten Kräfte an den Universitäten sowie in der Politik und Gesellschaft hervorrief (Bleek 2001: 300). Inhaltlich war die westdeutsche Politikwissenschaft in den 1950er und 1960er Jahren – wie allgemein die politischen Debatten der Nachkriegszeit in Europa und den USA – durch den Kalten Krieg und die Auseinandersetzung mit dem Staatskommunismus der Ostblockländer beeinflusst. Im normativen Zentrum stand der Antikommunismus, der stark von der *Totalitarismustheorie* Hannah Arendts (1958) geprägt war (Kastendiek 1975: 68).²¹ Durch die totalitarismustheoretische Verengung des Politikbegriffs (ebd.: 71) verlor die Politikwissenschaft jedoch ihren anfänglichen zentralen Bezug zur Demokratie sowie ihr Selbstverständnis als Demokratiewissenschaft (Bleek 2001: 373ff.).²² Trotz der Ausdiffe-

17 Empirisch-analytische Ansätze beschreiben die politische Ordnung institutionalisierter politischer Herrschaft im formalen Sinne (Münkler 2006: 44). Dabei verstehen sie sich als »vermeintlich vorurteilsfreie Beschreibung[en] und Erklärung[en] der Wirklichkeit.« (Kammler 1968: 11)

18 Zur Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland vgl. Bleek 2001; Münkler 2006.

19 Hintergrund war hierbei, dass die USA das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des faschistischen Nationalsozialismus wesentlich auf die deutsche Untertanenmentalität und den deutschen Obrigkeitsstaat Ende des 19. Jahrhunderts sowie die Vorherrschaft falscher politischer Ideen zurückführten (Straßenberger/Münkler 2007: 47f.).

20 Die Politikwissenschaft hatte als Hochschulfach vor allem die Institutionen, Prozesse und Werte der Demokratie zum Inhalt (Bleek 2001: 306).

21 Frank Deppe verdeutlicht: »Die gesamte Geschichte des politischen Denkens wurde von den herrschenden Lehren in der politischen Philosophie auf zwei antagonistische Linien zurückgeführt: auf der einen Seite die liberale Linie, die von Aristoteles über Locke, Montesquieu, die amerikanischen Founding Fathers, Tocqueville und John Stuart Mill (»On Liberty«) zu den westlichen Demokratien des 20. Jahrhunderts führt; auf der anderen Seite die Linie des Totalitarismus, die von Platon über Hobbes zu Rousseau schließlich zu Marx, Lenin und Stalin absteigt und sich im Sowjetsystem verwirklicht.« (2016: 33f.)

22 Die meisten Ansätze der Politikwissenschaft waren lediglich darum bemüht, »die US-amerikanische Gesellschaft und Demokratie als überlegene Staatsform« gegenüber dem Kommunismus zu

renzierung in verschiedene Schulen ab den 1960er Jahren²³, die durch die inhaltlichen Kontroversen um die zugrundeliegenden politischen Theorien (Buchstein/Jörke 2007: 25) und den zu verwendenden Politikbegriff (Straßenberger/Münkler 2007: 53) bedingt waren²⁴, setzte sich die empirisch-analytische Schule innerhalb der Politikwissenschaft durch (Bleek 2001: 360f.). Hierdurch dominieren bis in die Gegenwart quantitativ-statistische Forschungsansätze, während kritische und materialistische Ansätze der Politikwissenschaft marginalisiert bleiben.²⁵ Auch die Politikfeldanalyse ist stark durch die empirisch-analytische Politikwissenschaft geprägt (vgl. Blum/Schubert 2018).

Die Politikfeldanalyse wird genutzt, um gesellschaftliche Probleme und Konflikte in bestimmten Politikfeldern zu identifizieren und konsensorientiert Lösungen formulieren zu können (Meyer 2000: 53ff.). Dabei geht es ihr darum, »politisch definierte Probleme durch *Handlungsprogramme* zu lösen« (ebd.: 55). Innerhalb der Politikwissenschaft gilt die Politikfeldanalyse als Theorie politischer Steuerung, weswegen sie von Anfang an stark umstritten war (Blum/Schubert 2018: 27f.).²⁶ Dieser wurde vor allem vorgeworfen, durch die konsensbezogene und harmoniebetonte Betrachtung des Politischen einen »Problemlösungsbias« und ein technokratisches Politikverständnis zu vertreten (Löffler 2011: 65), das Fragen struktureller Macht- und Herrschaftsverhältnisse übersieht. Trotz ihrer theoretischen Kurzschlüsse, Staatszentriertheit und Machtblindheit wird die Politikfeldanalyse auch von der hegemonialen Politikdidaktik in der Form des *Politikzyklus* als heuristisches Phasenmodell genutzt, um den Prozess der politischen Lösung gesellschaftlicher Probleme im Unterricht zu vermitteln und darzustellen (vgl. Kap. 2.4.2).

Gegenüber empirisch-analytischen Ansätzen der Politikwissenschaft rekurrieren *dialektisch-kritische Theorien* der Politikwissenschaft (u.a. Deppe 2015),²⁷ wie sie in ihrer Vorform bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts u.a. von Franz Neumann (1980)

beschreiben (Löffler 2011: 40). Auch die »politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland [ist] ein Produkt des Kalten Krieges und [war] von Anfang an auf den Kampf gegen einen äußeren wie inneren Feind ausgerichtet« (Schillo 2012: 126).

- 23 Dazu gehörte erstens die normativ-ontologische, zweitens die empirisch-analytische sowie drittens die dialektisch-kritische Schule (Claußen 1981: 14f.). Zu den unterschiedlichen Schulen der Politikwissenschaft in Deutschland vgl. Bleek 2001: 336ff.
- 24 Wilhelm Bleek konstatiert: »Die Geschichte der Politikwissenschaft spiegelt sich im Wandel des Politik-Begriffs und der Fachbezeichnung.« (2001: 448)
- 25 Materialistisch bedeutet in diesem Kontext, »dass es die materiellen gesellschaftlichen Bedingungen sind, die die gesellschaftliche Entwicklung bedingen, nicht Ideen.« (Söllner 1979: 114) Diesem Ansatz sieht sich auch das vorliegende Buch verpflichtet.
- 26 Vor allem wird hierbei häufig ausgeblendet, dass die Auseinandersetzungen um öffentliche Politiken in Politikfeldern letztlich einen politischen Prozess darstellen. Durch die sozialtechnologische Perspektive wird nicht gesehen, dass öffentliche Politik dominant machtmittelt ist und dass in ihr Machtkämpfe, Machtressourcen und Machtstrukturen weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Zwar hat die Policy-Forschung »recht in der Beobachtung, dass in den jeweiligen Phasen unterschiedliche Akteure im Zentrum der Auseinandersetzung stehen. Im Prozess des Agenda-Setting verengt sich [aber] bspw. die Auseinandersetzung zunehmend auf Expertenzirkel und bürokratische Apparate.« (Wissel 2015: 58)
- 27 Zu den kritischen Ansätzen der Politikwissenschaft in den 1960er und 1970er Jahren zählen u.a. Abendroth 1967; Kammler 1968; Lenk 1968.

und Otto Kirchheimer (1972) vertreten wurden (vgl. Söllner 1979), darauf, dass sich politische Herrschaft durch konkrete gesellschaftliche Interessen etabliert und auszeichnet (Kammler 1968: 14). Die Kritische Politikwissenschaft moniert an den dominierenden empirisch-analytischen Ansätzen, dass diese ihren Fokus gerade machtunkritisch und lediglich ordnungspolitisch auf die existierende politische Herrschaft fixieren und diese somit affirmativ verstetigen.²⁸ Demgegenüber ist eine kritische politische Wissenschaft gesellschaftstheoretisch fundiert, wodurch die politisch-sozialen Realitäten »als Produkte der gesellschaftlichen Praxis der Menschen« (ebd.: 16) – eben durch Vergesellschaftung – bestimmt aufgefasst werden. Gegenüber einem staatszentrierten Politikverständnis im engen Sinne wird hierbei ein Politikverständnis im weiten Sinne vertreten, das die Dimension der Gesellschaft und ihrer strukturellen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in den Fokus der politischen Analyse rückt. Die politische Ordnung wird hierbei mit der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft in Verbindung gebracht (Deppe 2016: 16). Politik wird somit nicht als Praxis der Konsenserzielung oder des Gemeinwohls, sondern vielmehr als politischer *und* gesellschaftlicher Kampf um Einfluss, Macht und Herrschaft begriffen.

Zudem wird an den empirisch-analytischen Ansätzen kritisiert, dass ihnen überhaupt die normativen Prämissen fehlen, mit denen (illegitime) Macht- und Herrschaftsverhältnisse beurteilt werden können (Deppe 2013: 169). Auch Demokratiegefährdungen durch den demokratischen Staat selbst werden durch die Kritische Politikwissenschaft analysiert (ebd.: 77ff.). Neben ihrer theoretischen Gesellschaftsanalyse zielt die Kritische Politikwissenschaft zudem praktisch auf die Ausweitung der demokratischen Partizipationsmöglichkeiten gegenüber einem lediglich auf die parlamentarisch-repräsentative Demokratie fokussierten Demokratieverständnis ab (vgl. Abendroth 1975). Politische Wissenschaft wird damit als praktisch-kritische Wissenschaft (Kammler 1968: 9) begriffen, der das »Interesse an der vernünftigen Organisation der menschlichen Aktivität« (ebd.: 10) zukommt. Damit knüpft die Kritische Politikwissenschaft gegenüber empirischen Ansätzen wieder an die junge Tradition der Politikwissenschaft als *Demokratiewissenschaft* an, wobei sie im »Begriff der Demokratie [...] einen Leitbegriff für die Analyse der politisch relevanten Herrschaftsstrukturen der Gesellschaft« (ebd.: 21) gewinnt. Hierauf beziehen sich auch die Ansätze der *Kritischen Staatstheorie* (vgl. Kap. 4.3) sowie das Konzept einer *Soziopolitischen Bildung* (vgl. Kap. 3).

1.2 Das affirmative Staatsverständnis der dominierenden Politikwissenschaft

»Die Idee, dass sich die Staatsgewalt als *pouvoir neutre* über die gesellschaftlichen Kräfte erheben könne, war immer schon Ideologie.« (Habermas 1992: 216)

28 Damit kann für die empirisch-analytische Politikwissenschaft gelten, was Franz Neumann bereits für den Positivismus konstatiert hatte: »Der politische Sinn des Positivismus ist die Akzeptierung des Status quo« (1979: 374).